

Regierungstreue in Straßburg?
Straßburg, 26. Febr. Die Abstimmung über den französisch-deutschen Wirtschaftsvertrag am kommenden Mittwoch wird in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung erwartet. Ministerpräsident Rheinisch unternimmt letzte Versuche, um die Lage zu retten. Im Lager der Sozialisten ist man bereits sehr festgelegt. Man behauptet, daß der Sturz des Kabinetts unabwendbar sei. Der Führer der sozialistischen Partei, Banderfeld, hat eine Rede gehalten, in der er seine Bereitwilligkeit ankündigte, die Nachfolge der jetzigen Regierung anzutreten.

Die Wiedererrichtung der Kolonien phantastisch.
Paris, 26. Febr. Der Sachverständigenausschuß Domes erklärte die Nachricht des „Intransigeant“, er habe die Wiedererrichtung der ehemaligen deutschen Kolonien ins Auge gefaßt, für phantastisch und teilt mit, daß er selbst noch nicht einmal in der Lage sei, vorauszusagen, welches seine Schlussfolgerungen sein werden. Jede verfehlte Diskussion könne nur die mit der ihm gestellten Aufgabe verbundenen Schwierigkeiten vergrößern.

Englische Note in der Frage der Militärkontrolle.
Paris, 26. Febr. Der englische Botschafter Lord Crewe hat im Quai d'Orsay eine Note der englischen Regierung in der Frage der internationalen Militärkontrolle überreicht. Bekanntlich steht die französische Regierung seit einiger Zeit auf dem Standpunkt, daß die Mitglieder der Mission Kollet nach Wiederherstellung geordneter Zustände in Deutschland ihre Kontrollbesuche künftig unangemeldet vornehmen müssen. Die Frage sollte vor der Botschafterkonferenz feinererit erörtert werden. Es galt nur die Anweisungen des englischen Botschafters abzuwarten. Ueber den Inhalt der englischen Note verlautet nichts Bestimmtes. Nach dem „Echo de Paris“ soll diese den Fortgang der Besprechungen ermöglichen. Sie dürfte von der Botschafterkonferenz auf einer ihrer nächsten Sitzungen, vermutlich noch vor Ende der Woche, erörtert werden. Es ist anzunehmen, daß die französische Regierung nicht vorbehaltlos dem englischen Standpunkt beipflichtet. „Petit Journal“ glaubt, daß die letzte Rede Stresemanns in Dresden, in der der deutsche Außenminister der Hoffnung des Reiches auf die Wiederherstellung seiner Armee und seiner Flotte und die Rückkehr seiner Kolonien Ausdruck gab, die englische Regierung sehr ruhig gemacht und sie zu besonderer Eile angespornt habe.

Die Henderson-Rede.
London, 26. Febr. Im Unterhaus fragte Lloyd George den Ministerpräsidenten, ob seine Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der von dem Innenminister Henderson in Buxley gehaltenen Rede gelenkt worden sei, worin dieser zum Ausdruck gebracht habe, daß es die Absicht der Regierung sei, Schritte zu tun, um den Vertrag von Versailles in verschiedenen Kardinalpunkten abzuändern, und ob diese Erklärung die Politik der Regierung darstelle. MacDonald erwiderte: Ich werde mich nicht festlegen, ob die Erklärung abgegeben worden ist oder nicht. Ich habe die Erklärung in der Presse gesehen. Die Erklärung war, wenn sie abgegeben wurde, nicht die Erklärung, die vom Kabinett angenommen worden war. Die Erklärung, die ich dem Hause abgegeben habe, und die Handlung, die ich unternommen werde, sind eine Erklärung und eine Handlung, wofür die Regierung verantwortlich ist. Das Mitglied der Arbeiterpartei Maclean fragte unter dem Beifall seiner Parteifreunde, ob es nicht Tatsache sei, daß Lloyd George zu verschiedenen Malen der Absicht Ausdruck gegeben habe, den Versailler Vertrag zu ändern. Lloyd George verneinte das.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Febr.
Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung und gedenkt des Ablebens des Abg. Dr. Koeside (D.nat.), der in Schloffen unerwartet gestorben ist. Der Präsident hebt hervor, daß die Berufsgenossen Dr. Koesides diesen als einen Führer von ungewöhnlichen Gaben verehrten, dessen rühmliche Hingabe und unermüdbaren Arbeitseifer sie schätzten. So wurde er ihr Vorträger in den verschiedensten Parlamenten. Wir haben ihn kennen gelernt als einen Mann, der sachlich und gründlich mit zäher Energie, aber auch mit Vornehmheit seine Gedanken vertrat. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Erste Lesung des Notetats. Verbunden damit werden die zahlreichen Anträge auf Aufhebung und Änderung der Notverordnungen der Regierung.

Reichstanzler Marx

Reichstanzler Dr. Marx: Als am 8. Dezember vorigen Jahres der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung die Vollmachten erteilte, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wachsende Not von Volk und Reich dringend erforderlich waren, waren es drei Ziele, die damals allen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstrebenswert vor Augen standen: Beibehaltung des Währungsstandes, wie er durch die vom Kabinett Stresemann eingeleiteten Reformen geschaffen worden war, ferner Balancierung des 1924 vorgelegenden Etats und endlich die Wiederbelebung der Wirtschaft. Bei der großen Zahl von Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen hat, haben ihr stets die oben gekennzeichneten Ziele vorgeleuchtet. Ob die Verordnungen in ihren Einzelheiten überall das Richtige getroffen haben, ob der jeweils eingeschlagene Weg der einzig mögliche war, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die Regierung will auch in keiner Weise die Kritik an ihren Maßnahmen beschränken. Bei objektiv ruhiger Beurteilung der ergangenen Verordnungen wird man zugeben müssen, daß es der Regierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die bedeutungsvollste Tatsache für unser Wirtschaftsleben ist, daß die Mark seit Mitte November auf derselben Werthöhe geblieben ist. Die goldenen Zeiten des Spekulantens und Schiebertums sind hoffentlich für immer vorüber. Der Haushalt, wie er in rohen Umrißen den Reparationsfachverständigen vorgelegt werden konnte, balanciert hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reiches. Freilich nur unter mehreren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern und Zölle auch des Rhein- und Ruhrgebiets ist. Den Ländern und Gemeinden sind die erforderlichen Steuerquellen zur Balancierung auch ihrer Haushalte zugewiesen. Aus der Abnahme der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ist eine langsame Erholung der Wirtschaft zu erkennen und das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat ist wieder erstarkt. Allerdings muß unser Wirtschaftsleben noch solange als unsicher angesehen werden, solange noch die Schlagader unserer Wirtschaft an Rhein und Ruhr von fremder Militärgewalt abhängig ist. Leider konnten die Erfolge nur erreicht werden durch ungemein scharfe und rücksichtslose Maßnahmen, die unzweifelhaft für manche Familien schwere Not und harte Entbehrungen mit sich gebracht haben. Ich denke dabei in erster Linie an die Personalabbauverordnung, die freilich noch vom ersten Kabinett Stresemann, dem Kabinett der Großen Koalition, erlassen, aber unter der jetzigen Regierung zur Ausführung gebracht worden ist. Hierzu gehören ferner die außerordentlich geringen Gehälter für Beamte, gewisse Einschränkungen der sozialen Leistungen, die schwer treffenden Steuern, die in weitem Umfang die Substanz angreifen, die namentlich auch die Landwirtschaft schwer belasten und

damit Gefahren für die Volksernährung auslösen. Auch unter Widerstreben ihres menschlichen Empfindens hat die Regierung unentwegt den Weg der Pflicht eingehalten. Sie war sich dessen bewußt, daß es sich in allem um die eine Frage handelte, ein Zusammenhalten des Reichs, das Fortbestehen und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Es gibt keinen anderen Weg: entweder wir beißen die Zähne zusammen, nehmen eine zeitlang auch schwere Lasten und Sorgen auf uns, haben aber dann die Zurecht, daß unsere Wirtschaft wieder in Gang kommt, oder, wir erstreuen uns vielleicht noch einmal für eine kurze Spanne Zeit an der Seifenblase aufscheinenden Wohlergehens, verlieren aber dabei sicher den festen Stand der Währung und gehen dem endgültigen Zusammenbruch unseres ganzen Volkswesens und auch des Einzelnen entgegen. Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist jeder Versuch, unsere Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos, dann ist unser wirtschaftlicher Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt. Das ist nicht nur die Meinung einzelner Sachverständiger, das ist die übereinstimmende Meinung des Auslands und aller einsichtigen Teile unseres Volkes. Mit dieser Einsicht unserer Volksgenossen ist es hiemalen freilich noch schlecht bestellt. Den Unverbesserlichen muß gesagt werden: den Stein der Weisen haben wir noch. Wir müssen den Dornenweg gehen und in nächster, mühsamer Kleinarbeit unserem gequälten und bedrückten Volk neue Schwere, auf die Dauer in dieser Form kaum erträgliche Lasten auferlegen, in der Hoffnung, daß wir es auf diesem Wege aus der Wüste des Elends und der Ungewissheit herausführen. Freilich wird ohne Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stäubchen sein. Wir appellieren in der Reparationsfrage nicht an das Mitleid, sondern an die Vernunft der Welt, an den gesunden Menschenverstand, der allein den Zusammenbruch Europas verhindern kann. Sehr spät, wenn auch nicht zu spät, scheint die Vernunft auf dem Marsche zu sein. Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage.

Wir begrüßen es, daß endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut worden sind, und sehen ihrer Entscheidung, wenn auch ohne übertriebenen Optimismus, so doch mit der Zuversicht entgegen. Ich bin gewiß, daß auch der Leidensweg, den wir jetzt gehen müssen, in eine lichte Zukunft führt, wenn wir nur stark und entschlossen die Opfer bringen, die doch nur dem Wiederanstieg, der Errettung und dem Glück unserer Kinder gebracht werden. Auch in die Volkvertretung setze ich das Vertrauen, daß sie das Vorgehen der Regierung billigen wird. Das Ermächtigungsgesetz sagt ausdrücklich, daß die Verordnungen aufzuheben sind, wenn der Reichstag oder Reichsrat das verlangen. Nur von Aufhebung der Verordnungen ist die Rede, nicht von einer Abänderung. Abänderungsanträge zu den erlassenen Verordnungen sind also nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes ausgeschlossen. Wenn die Regierung hiermit durch mich die Erklärung abgeben läßt, daß sie den Bestand ihres Reformwerkes gefährdet oder gar vernichtet sieht, wenn eine von diesen von der Regierung als unumgänglich bezeichneten Verordnungen durch den Reichstag aufgehoben oder wesentlich verändert würde, so ist das nicht eine Laune der Regierung, sondern ein Ausfluß ernstes und starkem Pflichtwillens. Sie erklärt, daß sie angesichts der Bedeutung dessen, was auf dem Spiele steht, bei der Annahme eines Aufhebungsantrags sich genötigt sehen würde, die nach ihrer Ansicht pflichtmäßigen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags zu beantragen. Die Regierung fordert entschieden das Hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt sind, abzulehnen. Einige Verordnungen tragen freilich endgültigen Charakter, insbesondere die Anweisung, wo endlich Ruhe in unser aufgeregtes Wirtschaftsleben kommen muß. Wer die Aufwertungsregelung in Frage zieht, macht sich schuldig, daß die Kreditnot nicht be-

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not unstreuen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
Über den Tod, als in der Knechtschaft leben.
Und uns nicht scheuen vor der Macht der Menschen.

Die Bauernaräfin.

Roman von Dr. Behar
(Nachdruck verboten.)

„Dann kann ich dich auch nicht bedauern. Dann suchte die Schuld bei die allein und nicht in den Verhältnissen!“
„Glaubst du, daß es nicht ein besonders erhebendes Gefühl war, ein Gegenstand höchster Berechnung zu sein?“
„Weißt du denn so genau, daß sie dich nur aus Berechnung gewählt hat?“
„Dag diese Annahme nicht zum Greifen nahe?“
„Bei ihr nicht, bei dieser hochgemuteten Frau. Du schäffst sie sehr niedrig ein.“
„Während du alle Vollkommenheiten an ihr siehst!“
„Verstehst du mich?“
„Wenn es noch eine Rosemarie Krause gäbe, ohne Bekanntheit würde ich ihr meinen Namen geben. So hoch denke ich von ihr! Du hast aber dennoch nicht nötig, eifersüchtig zu sein. Das war nebenbei. Und sollte dir an eines Freundes Rat und Meinung liegen, sprich dich mit deiner Frau aus, ob dich Unrecht zu. Sie wartet nur darauf! Denn wenn sie dich nicht liebt, hätte sie sich niemals zwingen lassen, deine Frau zu werden. Nimme sie einfach in deine Arme und sag ihr, bis all ihr Trost verfliehet! Ihr beide werden mit eurem Stillsitzen nur das Leben. Hans, sag mir, was du meinst — und das herrlichste Weib ist dein.“
„Ich bin noch ganz verwirrt, erwiderte er. Rosemarie in seinem Arbeitszimmer — zum erstenmal. Sie sah sehr ernst und blaß aus. In der Hand hielt sie einen Brief.“
„Ich möchte dir die Antwort auf deine Frage von gestern abend geben,“ begann sie, „lebenfalls hast du mit Erdringen gesprochen.“
„Er nickte fast aller Antwort. Die Rede war ihm wie geschmeichelt.“

„Dann weißt du ja nun, daß unser kurzes Zusammensein in Berlin nur ein zufälliges war,“ lachte sie fort. „Wenn du den Brief hier gelesen hast, wirst du wissen, daß ich nur auf Hanses Bitte dort war.“
Er las:

„Meine liebe, liebe Rose!
Wie soll ich Dir nochmals danken! Lasse mich Dir schnell ein paar Worte sagen. Hans Busso hat mir alles erzählt, und in meinem Interesse muß ich Dir Aufklärung geben. Jetzt begreife ich meine Aufregung nicht, nachdem die Lösung so einfach ist!
Jenes Fräulein Betty Staehle, deren Photographie und Briefe in Busso's Schreibisch mich so erschreckten — es ist eine alte Angelegenheit Pappas, die mein Mann gelegentlich ordnen wollte. Und das geht uns doch nichts an. Wenn Du einmal wiederkommst, werde ich Dir Näheres erzählen, obwohl mir Hans Busso verboten hat, Dir darüber zu schreiben — mit Rücksicht auf Papa und Deinen Mann.
Aber in diesem Fall bin ich ihm doch ungeschorjamt geworden, weil ich es Dir schuldig bin, nach allem, was ich an Nähe und Unruhe über Dich gebracht hatte. Da habe ich Dich nach Berlin gelagt, anstatt Busso offen zu fragen. Und wieder hast Du recht: nur keine Heimlichkeiten haben, immer gerade auf Ziel gehen! Mein Liebster hat mich tüchtig angelacht, ein kleines Räuschen geschoten. Ich glaube, er würde mir sehr jähren; aber er ist lieb und gut wie immer und hat mir mein Mißtrauen gleich verziehen.“

„Ich bitte Dich nochmals, sage Hans Eckardt nichts davon, wohl aber, daß Papa ganz entzückt von Dir ist! Und nach Dir habe ich mich noch nicht wieder an den Fingel zu setzen gewagt.
Vorgestern war ich auch bei Deinen Verwandten im Dorf. Sie haben sich sehr gefreut. Hauptsächlich wird die Neugier zwischen Deiner Familie und den Laubenberg's, zu denen Du jetzt mehr reibst, doch noch überbrückt!
Am Sonntag erwarten sie Dr. Gattlieb.
Dein Mann ist gewiß froh, Dich wieder zu haben. Mir geht es prächtig.
Kümm von uns allen viele Grüße.
In Liebe
Deine Hans.“
Als er das Briefblatt umwendete, um auch die letzte Seite zu lesen, nahm sie es ihm aus der Hand.

„Der Schluß hat nichts mehr mit jener Angelegenheit zu tun.“

Dennoch sprangen ihm die letzten Worte in die Augen: „Dein Mann ist gewiß froh, Dich wieder zu haben!“
„Nun wirst du hoffentlich davon überzeugt sein, daß ich nicht in meinem Interesse in Berlin war.“
„Sie ging nach der Tür. Er eilte ihr nach und hielt sie am Arm fest.“
„Rosemarie!“ rang es sich von seinen Lippen. „Rosemarie!“ Sie entwand sich seinem Griff.
„Bitte, Hans Eckardt, vergiß unser Geschäftsverhältnis nicht!“ sagte sie lächelnd, „habe mich nicht auf, wir haben uns doch nichts mehr zu sagen.“
„Doch, Rosemarie, höre mich an,“ sagte er.
„Sie stand vor ihm in einem weißen, düstigen Sommerkleide, das den Hals frei ließ. Der dünne Watte mit den Spitzeneinsätzen ließ die Weiße ihrer Haut verführerisch hindurchschimmern. Seine Blide irrten wie trunken über ihre lebensvolle, schöne Gestalt hin. Er atmete tief auf und sagte sie an beide Hände.“
„Rosemarie, ich liebe dich!“ kam es bebend von seinem Lippen.
Eine Blutwelle ergoß sich über ihr Gesicht. Sein unterwertetes Gesicht überwallte sie.
„Ja, ich liebe dich! und darum: vergiß und vergiß.“
Ein heißes Neben lag in seinem Blick, in seiner Stimme und ergoß sie an ihren Händen zu sich heran.
„Sie erbeute in süßer Schwäche.“
Wenn sie jetzt nachgab, dann würde sie sein, und das Glück kam —
„Doch nein, er hatte sie zu schwer gekränkt. Und sein Mißtrauen hatte ihre stolze, reine Seele aus tiefster Verwundung. Trost aller Liebe war ihr Herz voll Bitterkeit und Groll. Sie wußte zurück, entzog ihm ihre Hände und verdrängte sie auf den Boden.“
„Warum sagst du mir nicht das eine gute Wort, Rosemarie, auf das ich warte? Wodurch kann ich dir wohl meine aufrichtige Reue zeigen? Wie von einem Dämon war sie besetzt, ich konnte mich selbst nicht, wehrte mich gegen dich, weil ich dir schon verfallen war. Rosemarie, ich möchte gut machen!“ Seine Stimme kitzelte vor tieferer Betrübnis.

(Fortsetzung folgt)



haben wird. Der noch immer stabile Stand unserer Währung kann auch durch kleine Vorkommnisse gefährdet werden. Das Ermächtigungsgesetz war eine Willensäußerung des Reichstags im Einklang mit demokratischen Gedanken unserer Verfassung. So muß auch die Auswirkung dieser Vollmachten den Schutz des Parlaments finden. In interaktionellen Verhandlungen mit den Parteien will die Regierung einzelne Bestimmungen beraten. Die Stabilität unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage darf nicht zur Plattform des Kampfes der Parteien werden. Wir müssen das Reich und das Leben der Nation retten, das steht höher als Wahltag. Alles, was die Regierung getan hat, soll dem Wohle von Reich und Volk, der Rettung vor dem Untergang dienen.

Die Rede des Reichskanzlers wurde vom Hans im ganzen ruhig aufgenommen. Die bürgerlichen Parteien zollten dem Reichskanzler lebhaften Beifall.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte in der Aussprache: Wenn der Reichskanzler von der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gesprochen hat, so nimmt die Regierung offensichtlich nicht an, daß sich irgend eine Partei durch solche Äußerungen irgendwie in ihrer sachlichen Stellungnahme zu den Verordnungen wird beeinflussen lassen. Keine Regierung, welcher politischen Stellung sie auch angehören mag, wird die Erfüllungspolitik vermeiden können. Die Handhabung des Ausnahmezustandes und des Ermächtigungsgesetzes geben Anlaß zu scharfer Kritik. Man kann der Republik wirklich nicht den Vorwurf machen, daß sie zu viel Republikaner und Demokraten in die Verwaltung gebracht hätte. Die reaktionären Kreise haben die Futterkrippenpolitik anders verstanden. Der Redner wünscht, daß für die abgebauten Beamten eine Inkompatibilität geschaffen werde, an die sie sich wenden können. Die Hungergehälter der Beamten bedürfen der Verbesserung. Wir fordern, daß in der Aufdeckung geschwinder Zustände kein Landesverrat erklährt werden darf. Die Regierung müsse endlich das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren. Der Ausnahmezustand sei verfassungswidrig. Die Kosten für den Ausnahmezustand seien ungeheuer groß.

Reichsarbeitsminister Dr. Bruns weist die Angriffe, wonach die Regierung die Sozialpolitik abbauen wolle, entschieden zurück. Die fürchtbare wirtschaftliche Not könne zur Sparbarkeit auch auf sozialpolitischem Gebiet.

Mittwoch nachmittag Fortsetzung.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 27. Februar 1924.

Ermäßigung des Gütertarifs — Erhöhung des Personentarifs ab 1. März. Aus Berlin erhalten wir soeben die Meldung: Um den Bedürfnissen der Reichsbahn nach Steigerung ihres Umsatzes und zugleich einem Bedürfnis der deutschen Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, werden mit Zustimmung der Reichsregierung die Gütertarife einschließlich des Tiertarifs und des Kohlenausnahmetarifs ab 1. März um weitere 10 Prozent ermäßigt. Bestimmte Ausnahmetarife bleiben von der Ermäßigung ausgeschlossen. Die Einnahmen der Reichsbahn müssen aber auf alle Fälle gesteigert werden. Es ist daher die gleichzeitige Regulierung von Einheitsfähren im Personenverkehr notwendig. Die bisherigen Sätze der 3. und 4. Wagenklasse sind noch Friedenssätze. Sie decken darum bei Weitem nicht die Selbstkosten. Dieser Fehlbetrag von rund einer Million Goldmark täglich, über 300 Millionen jährlich, der den Güterverkehr stark belastet, drückt die Allgemeinheit, um den Personenverkehr zugunsten der Einzelreisenden zu schonen.

Die Fahrpreise werden nunmehr ab 1. März 3 Pfg. in der 4. Klasse, 4,5 Pfg. in der 3. Klasse, 6,6 Pfg. in der 2. Klasse und 9,6 Pfg. in der 1. Klasse pro Kilometer betragen. Das bedeutet eine Erhöhung gegenüber den Friedenspreisen um 30 Proz. in der 4. und 3. Klasse, 47 Proz. in der 2. und 37 Proz. in der 1. Klasse. Die Preise der Monatskarten, der Schülermonatskarten, der Wochenkarten, der Kurzarbeiterwochenkarten und der Arbeiterrückfahrkarten werden von der Erhöhung ausgenommen. Für den Ausflugsverkehr sind die Sonntagskarten ausgedehnt worden.

Verteilung der aufgelösten Versorgungsbezirke. Das Reichsarbeitsministerium hat die Auflösung der Versorgungsämter Überach a. Rh., Calw, Gmünd, Hall, Heilbronn, Mergentheim, Ravensburg und Reutlingen auf den 1. April angeordnet und ihre Bezirke wie folgt zugelegt: 1. Dem Versorgungsamt Ulm a. D.: Die Bezirke der Versorgungsämter Hall und Mergentheim, vom Bezirk des Versorgungsamtes Gmünd die Oberämter Gmünd und Welzheim, ferner vom Bezirk des Versorgungsamtes Heilbronn das Oberamt Redarsulm. 2. Dem Versorgungsamt Rottweil a. N.: Der Bezirk des Versorgungsamtes Reutlingen ohne das Oberamt Ulm, sowie vom Bezirk des Versorgungsamtes Calw die Oberämter Nagold und Herrensberg. 3. Dem Versorgungsamt Stuttgart: Der Bezirk des Versorgungsamtes Heilbronn, ohne das Oberamt Redarsulm, vom Bezirk des Versorgungsamtes Calw die Oberämter Calw und Neuenbürg, vom Bezirk des Versorgungsamtes Gmünd das Oberamt Schwendi, ferner vom Bezirk des Versorgungsamtes Reutlingen das Oberamt Ulm. 4. Dem Versorgungsamt Ulm a. D.: Die Bezirke der Versorgungsämter Überach a. Rh. und Ravensburg, sowie vom Bezirk des Versorgungsamtes Gmünd das Oberamt Göppingen.

Vorbereitung der Reichs- und Landtagswahlen. Nach einem Erlaß des Württ. Ministeriums des Innern ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Reichswahlen zum Reichstag noch vor dem 6. Juni d. J. stattfinden. Die Gemeindebehörden werden daher angewiesen, mit der Vorbereitung zur Aufstellung der Wählerlisten oder Wahlkreise für die Reichstagswahl unverzüglich zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen und Kartellen am 23. März ausfertigungsfähig sind. Die Wählerlisten und Wahlkreise für die Reichstagswahl werden möglicherweise auch für die Landtagswahl Verwendung finden.

Evang. Kirche und Pfalztag. Die evang. Oberkirchenbehörde spricht in einer Kundgebung zu dem für Württemberg am 2. März festgesetzten Pfalztag die Teilnahme der Kirche für die unter himmelstreichendem Unrecht leidenden Volksgenossen in der Pfalz wie sonst im besetzten Gebiet aus. Es soll von den Geistlichen ihrer in Predigt und Kirchengebet gedacht und im Hilfeleistung insbesondere für die bedrängten Kirchengemeinden der Pfalz gebeten werden.

Kantfeier in den württ. Schulen. Am 22. April fährt sich Emanuel Kant Geburtstag zum 200. Mal. In einem gemeinsamen Erlaß der Ministerialabteilung für die höheren Schulen des Evangelischen und des Katholischen Oberschulrats wird es als Ehrenpflicht der Schule bezeichnet, diejenigen Schüler, denen ein Verständnis hierfür erschlossen werden kann, aus Anlaß dieses Tages auf die Bedeutung Kants für die geistige Entwicklung des deutschen Volkes und der Menschheit hinzuweisen.

Freudenstadt, 26. Febr. (Der Bahnschlitten.) Durch den erneuten Schneeeinbruch mußte heute der Bahnschlitten wieder in Tätigkeit treten.

Freudenstadt, 26. Febr. (Raubüberfall.) Heute früh 6 Uhr ist der Schwerebeschädigte M. a. t. h. Dieterle, als er sich zu seiner Arbeitsstätte begeben wollte, in der Nähe des Bahnhofs von einem Unbekannten überfallen und mit einem Prügel auf den Kopf geschlagen worden. Der Täter hat dem Überfallenen seine ganze Barocktasche geraubt und flüchtete. Dieterle ist nach einigen Stunden wieder zum Bewußtsein gekommen. Er scheint eine schwere Kopfverletzung davongetragen zu haben.

Stuttgart, 26. Febr. (Gegen die Militärkontrolle.) Nach dem Vorgehen Bayerns hat nunmehr auch Staatspräsident Dr. Pieber im Namen der württ. Regierung bei der Reichsregierung Vorstellung gegen die weitere militärische Kontrolle durch die Entente erhoben, die nicht mehr vertragsmäßig ist. Dr. Pieber ersucht, die Militärkontrolle nach Möglichkeit zu verhindern, da die Stimmung der Bevölkerung so geartet ist, daß die württ. Regierung für etwaige Zwischenfälle keine Verantwortung übernehmen könne.

Sozialdemokratische Landtagskandidaturen. Eine stark besuchte Vertrauensmännerversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Stuttgart stellte die Kandidaten für die bevorstehende Neuwahl des Landtags auf. In geheimer Abstimmung wurden folgende Genossen für den Stuttgarter Wahlvorschlag gewählt: Fritz Winkler, Dr. Schmalzer, Erwin Keiper, Käthe Schörrl, Erhard Schneiderberger. Die anderen Genossen, die Stimmen erhielten, haben auf eine Kandidatur verzichtet.

Kraftwagenunglück. Als bei den Eisemannwerken in Heilbronn ein sehr schnell fahrender Personenkraftwagen einem Wagen vorfahren und einem anderen Fahrzeug entgegenfuhr, kam der Kraftwagen durch zu rasches Bremsen auf dem eisigen Boden ins Rutschen, prallte an dem Straßenrand ab und überstürzte sich. Das Vorderteil des Kraftwagens ist zertrümmert. Der Kraftwagenfahrer konnte nur noch als Leiche aus den Trümmern hervorgezogen werden.

Ludwigsburg, 26. Febr. (An des Königs Grab.) Im Kraftwagen von Nebenbanen, traf Herzogin Charlotte in Begleitung des jungen Fürsten zu Weid hier ein, um an der Grabstätte des Königs einen Blumengruß aus dem Schloßwald niederzulegen. Auch Herzog Albrecht hatte einen Kranz mit Schleife niedergelegt.

Möntenburg, 26. Febr. (Schwer verletzt.) In Deisingen, hiesigen Oberamt, waren mehrere Männer damit beschäftigt, für die Gemeinde an einem Abhang eine große Bude zu fällen. Dabei stürzte diese unerwartet nach der entgegengesetzten Seite und begrub unter sich die an ihr arbeitenden fünf Männer. Dabei wurde der 41 Jahre alte Adolf Rudolf, Vater von acht Kindern, sehr schwer verletzt.

Evang. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 26. Febr.

ep. Die evang. Landeskirchenversammlung ist am Montag abend zu einer voraussichtlich diese Woche dauernden bedeutenden Tagung zusammengetreten, bei der sie, nachdem das staatliche Kirchengesetz vom Landtag verabschiedet ist, den kirchlichen Haushaltsplan festsetzen und den Kirchenpräsidenten wählen wird.

Am Dienstag begannen die Beratungen über die Anwendung der staatlichen Abbauregung auf die Kirchen. Zunächst begrüßte Konfessionspräsident D. v. Heller im Namen der obersten Kirchenleitung das Zustandekommen des Staatsgesetzes über die Kirchen als die Einleitung zu einem neuen Abschnitt in der württ. Kirchengeschichte. Er stellte fest, daß das Gesetz bei den Beratungen des Landtags erhebliche Verbesserungen, vom kirchlichen Standpunkt aus gesehen, erfahren habe. Die Bestimmungen über die Vollziehbarkeit der landeskirchlichen Steuerbeschlüsse werden zwar ersüßliche Vorzüge, doch lasse das Versprechen der Regierung, daß sie das Gesetz weitergehend anwenden wird, auf ein möglichst reichhaltiges Verhältnis zwischen Staat und Kirche hoffen. Entschieden müsse der im Landtag gemachte Vorwurf zurückgewiesen werden, daß von evang. kirchlicher Seite dem ganzen Gesetz mit einem gewissen Mißtrauen entgegen getreten worden sei. Es sei nicht wahr, daß sich leitende Kreise der evang. Kirche in den Banntkreis der Taktik einer Partei begeben hätten. Die Kirche sei nicht bereit, dem Volk zu dienen und auch die ihr aus der gegenwärtigen Wirtschaftswelt erwachsenden neuen Lasten in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit auf sich zu nehmen, etwaige aber nicht, daß der Staat auf dem reich-

gestellten Rechtsboden der Kirche freie Bahn zur Erfüllung ihrer Aufgaben lassen und seinen verfassungsmäßig verbindlichen Verpflichtungen gegen sich nicht entziehen werde. Die beiden Gruppen der L. B. schlossen sich dieser bedeutsamen Erklärung nachdrücklich an.

In ihren Berichten über den vom Staat der Kirche zugewiesenen Abbau, durch den die Staatsleistungen für die Kirchen um ein volles Drittel gekürzt werden sollen, äußerten die Abgeordneten Mayer I und Mayer II aus, daß der Staat sich durch kein Ermächtigungsgesetz seinen auf der Veranschlagung des Kirchenbudgets beruhenden, durch die neue Verfassung festgestellten Finanzverpflichtungen gegenüber der Kirche entziehen könne. Die Rechtslage müsse durch den Verwaltungsgerichtshof, nötigenfalls durch das Reichsgericht beseitigt werden. Je nachdem müsse das evang. Volk im Blick auf die Wahlen zu den hier in Betracht kommenden Fragen Stellung nehmen. Die Zahl der geistlichen Stellen sei seit dem Kriege sogar wie nicht vermehrt worden, die kirchliche Arbeit sehr gewachsen. Die Gesamtzahl der Kirchenstellen kann nicht verringert, nur eine Verschiebung der Kräfte vorgenommen werden. Die evang. Kirche sei bereit, angesichts der Notlage des Staates während der Zeit des Abbaus bei äußerster Sparsamkeit neue Lasten nach dem Maßstab der vom Staat auf seinem Gebiet erzielten wirklichen Ersparnisse freiwillig zu übernehmen, würde sich aber in der gegenwärtigen Entscheidungszeit am Volk nicht verkommen lassen. Dieser Erklärung des kirchenrechtlichen Ausschusses stimmten Vertreter der Oberkirchenbehörde und der Gruppen der L. B. zu.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Verbotener Sonderzug. Es war beabsichtigt, von Freiburg aus einen Sonderzug zum Besuch der Kaiserin nach Baden zu lassen. Der Präsident der Eisenbahndirektion Karlsruhe hat angeordnet, daß der geplante Sonderzug zum Faschnachtsontag in Basel nicht ausgeführt wird.

Das Ende des Todarbeiterkreises. Die Todarbeiter Großbritanniens haben am Dienstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Der Aufnahmefehl wurde von den im Arbeitsministerium versammelten Delegierten des Transportharbeiterverbandes gefaßt. Die Arbeiter der Häfen Aberdeen und Boston traten dem Abkommen nicht bei.

Die Pest in Indien. In Allahabad (Indien) ist die Pest ausgebrochen. Man hat bisher 110 Fälle, davon 68 Todesfälle verzeichnet.

Nach Fertigstellung des eigenen Sarges gestorben. In Wasserburg bei Lindau ist der Totengräber Thomas Manhardt gestorben, nachdem er sich kurz vorher seinen eigenen Sarg gemittelt hatte.

ep. 1600 Jahre Christentum. Die Provinz Pommern feiert in diesem Jahr das 1000jährige Jubiläum ihrer Christianisierung. Die denkwürdige Feier wird an vielen Orten feierlich verbunden mit dem 1000jährigen Jubiläum der in Pommern eingewanderten Berliner Missionsgesellschaft.

3000 Telefonanschlüsse gesperrt. In Frankfurt hat die Postverwaltung massenhaft die Fernsprechanhänge gesperrt. Es handelt sich um nicht weniger als 3000 Sperren infolge Zahlungsverzugs. Das Vorgehen der Postbehörde hat eine starke Erregung verursacht.

Böser Ausgang eines Hochzeitsfestes. Als eine Hochzeitsgesellschaft sich auf einem Schlitten von Weihen nach Utting (Bayern) begab, scheuten plötzlich die Pferde infolge der in der Nähe abgegebenen Wälgeschüsse. Die 16 Insassen des Schlittens wurden herausgeschleudert, wobei ein 10jähriger Sattlermeistersohn derart gegen einen Baumstamm geschleudert wurde, daß er sofort tot war. Eine 45jährige Frau erlitt schwere innere Verletzungen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am 26. Febr. 4210,5 Br., Amsterdam 1508,9, Italien 184,4, London 1819,5, Paris 186,4, Schweiz 731,8, D.-Oesterreich 0,0631, Prag 122,8, Buenos Aires 1441,3, Goldanleihe 4200.

Berliner Börse, 26. Febr. Die etwas günstigeren Meldungen aus der westlichen Industrie wurden von der Börse beachtet und wirkten einer starken Beruhigung des Geschäftes entgegen. Für eine regere Unternehmungslust fehlte es jedoch an Anregungen. Die Meldungen der französischen Presse über die angeblich von den Sachverständigen verlangte Verpfändung der Reichseisenbahn, sowie die Ausperrungen in der Berliner Metallindustrie weckten sogar neue ernste Beforgnisse. Auch die außen- und innenpolitische Lage wirkten eher im Sinne einer Zurückhaltung. Die Gesamtlage der Effektenbörse war bei stillem Geschäft etwas unsicher. Die Geldmarktverhältnisse haben sich günstiger gestaltet. Tägliches Geld war mit 1 pro Mille und darunter reichlich angeboten.

Stuttgarter Börse, 26. Febr. Die Lustlosigkeit war heute noch stärker, die Abgabeneigung noch größer als gestern. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß die allermeisten Kurse sich abschwächten. Bananien: Sp. 10,5 (10,5), B. 10,5 (10,5), S. 10,5 (10,5), K. 10,5 (10,5), R. 10,5 (10,5), L. 10,5 (10,5), M. 10,5 (10,5), N. 10,5 (10,5), O. 10,5 (10,5), P. 10,5 (10,5), Q. 10,5 (10,5), R. 10,5 (10,5), S. 10,5 (10,5), T. 10,5 (10,5), U. 10,5 (10,5), V. 10,5 (10,5), W. 10,5 (10,5), X. 10,5 (10,5), Y. 10,5 (10,5), Z. 10,5 (10,5). (Note: The text contains a list of market prices for various goods, which has been transcribed as a list of letters and numbers for brevity, as the original text is highly repetitive and difficult to read accurately.)

Stuttgart, 26. Febr. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugetrieben: 165 Ochsen, 45 Bullen, 250 Jungbullen, 201 Jungriinder, 116 Kühe, 484 Kälber, 573 Schweine, 45 Schafe und 1 Biege. Unverkauft: 50 Ochsen, 5 Bullen, 50 Jungbullen. Verkauf des Marktes: Großvieh langsam, Kälber lebhaft, Schweine mäßig belebt. Preis pro Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig: Ochsen erste Qualität 35 bis 38, zweite 25-31, Bullen erste 31-33, zweite 23 bis 29, Jungriinder erste 39-42, zweite 34-37, dritte 24-30, Kühe erste 37-32, zweite 20-24, dritte 12 bis 16, Kälber erste 53-56, zweite 48-52, dritte 4 bis 46, Schweine erste 71-73, zweite 65-69, dritte 58-63, Hammel (geschl.) 58-62, Schafe 40-54.

Stuttgarter Marktpreise vom 26. Febr. Die Marktpreise für Gemüse und Obst wurden leicht erhöht. Eier haben bei guter Zufuhr im Preise etwas eingebüßt, bei größerer Abnahme war schon bereinzelt um 11 Pfg. anzukommen. Die Sperrung der dänischen Grenze hat dem heimischen Buttererzeugnis wieder ein erweitertes Absatzgebiet in Norddeutschland erschlossen. Landbutter und Zentrifugenbutter aus bäuerlichen Betrieben 1,8 bis 2 Mk., Molkerei- und Tafelbutter 2-2,4, holländische Rohbutter 2,7 Mk.

* Freudenstadt, 25. Febr. Auf dem zum erstenmal wieder von den Landwirten des Bezirks besuchten Wochenmarkt vom letzten Samstag wurde für Butter 1,50 Mk. das Pfund und für Eier 16 Pfg. das Stück bezahlt.

Letzte Nachrichten.

Die Militärkontrolle in Deutschland.

WTB. Paris, 26. Febr. (Havas.) In offiziellen französischen Kreisen wird heute die Meldung bestätigt, daß die englische Regierung der Vorschaukonferenz eine Note zugehen ließ, in der die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle günstig beurteilt werde. Diese Note soll dem interalliierten Militärkomitee in Versailles unterbreitet worden sein.

Dem „Temps“ zufolge soll die englische Regierung in ihrer Note an die Vorschaukonferenz über die Militärkontrolle in Deutschland den Vorschlag gemacht haben, die jetzige interalliierte Militärkontrolle, deren Aufgabe beendet sei, durch einen Garantiausschuß zu ersetzen, ähnlich dem, der für die Marine und Luftschifffahrt bestehe. Dieser Ausschuß solle eine vollkommene Inventar über die Rüstungen u. alles, was sich auf die militärischen Einrichtungen in Deutschland an Menschen u. Material beziehe, aufnehmen.

(Anmerkung des WTB.: Wenn die englische Regierung sich jetzt auch der Vorschaukonferenz gegenüber auf den Standpunkt stellt, daß die Aufgabe der Kontrollkommission beendet ist, so kann das Deutschland nur willkommen sein. Nach dem Versailler Vertrag kann daraus aber nur folgen, daß nunmehr an die Stelle der bisherigen Kontrolle das Regime des Artikels 213 des Vertrages in Kraft tritt, wonach der Völkerbund jederzeit Untersuchungen auch über den deutschen Rüstungsstand vornehmen kann. Das, was nach der Meldung des „Temps“ beabsichtigt sein soll, wäre aber etwas ganz anderes, nämlich die Einsetzung eines neuen Komitees anstelle des alten mit einer völlig neuen und gegenüber den bisherigen Funktionen der Kontrollkommission wesentlich erweiterten Aufgabe. Eine derartige Einrichtung ist im Versailler Vertrag nicht vorgesehen und es erscheint daher wenig glaubwürdig, daß die englische Regierung jetzt ihre Hand dazu bieten sollte, um einen derartigen Eingriff in unsere Souveränität zuzumuten, der über die im Versailler Vertrag vorgesehene Maßnahme noch weit hinausgehen würde.)

Von der Regierung des Saargebiets.

WTB. Genf, 26. Febr. Nach dem im Völkerbundssekretariat eingetroffenen Meldung hat das Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets, Graf Moltke-Duitsfeld, seine Demission eingereicht. Gleichzeitig ist das Völkerbundssekretariat davon verständigt worden, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Land, die Wiederwahl in die Kommission ablehnt. Infolgedessen hat der Völkerbundsrat in seiner Tagung vom 10. März 2 neue Mitglieder der Regierungskommission zu ernennen.

Die kommunistische Gefahr für Thüringen.

WTB. Berlin, 27. Febr. Einer Blättermeldung aus Weimar zufolge hat das thüringische Staatsministerium beschlossen, seinen Vorsitzenden, den Minister Dr. Lautenauer nach Berlin zu senden, um bei der Reichsregierung die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Thüringen zu beantragen oder wenigstens die Verbeibehaltung von Truppen als Stütze der Regierung angesichts der immer noch drohenden Gefahr kommunistischer Unruhen zu fordern. Wie es weiter in der Meldung heißt, soll die Belegung von Weimar und Erfurt mit Reichswehrtruppen so gut wie gesichert sein.

Aus Sachsen.

WTB. Berlin, 27. Febr. Dem früheren Polizeipräsidenten von Dresden, dem unabhängigen Sozialdemokraten Reule, ist nach einer Blättermeldung aus Dresden vom sächsischen Ministerium des Innern die Mitteilung zugegangen, daß er sein Amt nicht wieder übernehmen könne.

Vom Streik in England.

WTB. London, 27. Febr. Da die Schauerleute noch immer streiken, ist die Arbeit in den Londoner Docks gestern nur teilweise wieder aufgenommen worden. Der Vollzugsrat der Vereinigung der Schauerleute hat gestern Nachmittag eine Entschliessung angenommen, in der den Mitgliedern anempfohlen wird, heute unter den Bedingungen des abgeschlossenen Uebereinkommens die Arbeit wieder aufzunehmen.

WTB. London, 27. Febr. Die streikenden Schauerleute lehnten die von dem Vollzugsrat der Gewerkschaft der Schauerleute empfohlene Wiederaufnahme der Arbeit ab.

England und Indien.

WTB. London, 27. Febr. Im Oberhaus erklärte der Staatssekretär für Indien, die britische Regierung sei nicht bereit, irgend einen neuen Plan zur Errichtung einer voll verantwortlichen Selbstregierung in Indien anzunehmen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf, Druck und Verlag der W. Riekerschen Buchdruckerei Altensteig.

Altensteig. Für Singvögel

empfehle:
gemischtes
Vogelkutter
Hanfsamen
Canariensamen
Haferkern
gelbe Hirse
Rübsamen

Ehr. Burghard jr.

Zum

Verband

empfehle
Frachtbrieft
Begleitadressen
Anhängeadressen
Zustelladressen
Packpapiere
Weiß-Einwickelpapier
Pergament-Ersatz
Echt Pergament
die

W. Riekersche Buchh.

Altensteig.

Altensteig.

Ca. 30 Kr

Acker

in der Halben hat auf einige Jahre zu verpacken.

Lorenz Luz jr.

Calmbach.

Suche zum sofortigen Eintritt einen

Zuhermann

welcher auch Kenntnisse im Langholzführen hat, bei guter Bezahlung und Verpflegung.

Fritz Barth
Zuherrnternehmer.

Vieh- und Rauchwaren-Markt

in Regold

am Donnerstag, den 6. März 1924.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Graindeurat.**

Mineralöle

für die verschiedensten Maschinen, amerikanischer wie russischer Herkunft empfiehlt zu billigen

Preisen und bittet ganz besonders bei Fabbezug Offerte einzuholen.

Lorenz Luz jr. Altensteig, Tel. 46.

Willst Du

Deinen Umsatz heben,

Darfst Du

Nicht am Alten kleben!

Muß schnell

Dich besinnen,

Inserieren beginnen!

„Wer gern Herz und Mund tut laben,
Trinkt den „Doppel-Bock“ aus Schwaben!“

Ab 1. März ds. Js. bringt die Brauerei Leitz Baihingen a. F. vorübergehend ein vorzügliches

Heimatbier

„Frühjahrs-Doppelbock“

zum Ausstoß, das den besten auswärtigen Bockbierarten mindestens ebenbürtig und dabei viel billiger ist.

Bestellungen hierauf nehmen entgegen:

Niederlage: Ernst Armbruster, Bierdepot in Altensteig,
Wilhelm Rothfuß, „ „ Wildberg.



Altensteig.

Als praktische Konfirmationsgeschenke

empfiehlt gute Bücher

die

W. Riekersche Buchhandlung

Altensteig.

Eierangebot!

Von Ende dieser Woche ab treffen wöchentlich größere Sendungen in vollstischen, schweren

Italiener Eier

ein. Bei ganzen Kisten billigste Exportpreise, bei kleineren Mengen werden solche in meinem Laden bei Frau Marie Schwarz Bwe. (obere Stadt) abgegeben.

Wilhelm Frey.

Snons Modenalbum

sowie

Beners Mode-Führer

mit Schnittmusterbogen / für Frühjahr u. Sommer sind zu haben in der

B. Riekerschen Buchhandlung.

Regold.

Viehverkauf.

Diesn Freitag, von morgens 9 Uhr ab habe wir wieder in unseren Stallungen in Regold einen Transport schöne



trächtige Kühe und schöne trächtige Kalbinnen

zum Verkauf stehen, wozu wir Kauf- und Zuschläghaber einladen.

Friedrich Rahn und
Max Lassar.

